

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Wir übernehmen eingekaufte Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Beginn der Vorkonferenz in Brüssel.

Die Frage der Vertragsrevision in Spaa. Verhandlungen mit den Deutschen. — England gegen vorherige Festsetzung von Ziffern. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die interalliierte Finanzkonferenz in Brüssel zur Vorbereitung von Spaa wird heute früh zwischen 10½ und 11 Uhr im Marmoniale des Palais des Academies beginnen. Das endgültige Programm wird erst zu Beginn der Konferenz festgestellt werden. Die Finanzfachverständigen haben ihre Berichte ausgearbeitet, die der Konferenz vorgelegt werden sollen. Am Sonntag nachmittag werden alle Delegationen von Brüssel in Spaa eintreffen. Vor ihrer Abreise wird der König von Belgien zu ihren Ehren ein Essen geben, und der Bürgermeister von Brüssel wird im Stadthaus einen offiziellen Empfang veranstalten.

Die „Wester Nachrichten“ berichten aus Paris zur Konferenz in Spaa: Es wird auch in Frankreich zugegeben, daß feinerzeit in San Remo die zusammen mit den Deutschen vorzunehmende Revision des Versailler Vertrages besprochen worden ist, wofür Millerand zur Bedingung machte, daß erstens vor dem Zusammenreffen mit den Deutschen eine Einigung unter den Alliierten erzielt werden müsse, und zweitens die Alliierten bereit seien, die dann in Spaa festgesetzte neue Stipulation allenfalls mit Gewalt durchzuführen. Die Zusammenkunft von Hythe und die Konferenzen von Boulogne und Brüssel zielten auf die Erfüllung der ersten dieser Bedingungen ab. Man lese die Liste aller Persönlichkeiten, die sich in Brüssel und Spaa treffen, und man wird ohne weiteres erkennen, daß das „Echo de Paris“ mit Recht von einer neuen Auflage der Pariser Konferenz spricht. Diesmal wohnen die Deutschen der Konferenz bei, und es könnte wohl möglich sein, daß zum ersten Male verhandelt wird. Man kann auch vermuten, daß sowohl in Brüssel wie in Spaa der belgische Ministerpräsident Delcroix den Vorsitz führt, also ein Vertreter einer Macht zweiter Ordnung. Dies bedeutet nicht, daß die Konferenzen weniger wichtig sind, sondern daß die vom Obersten Maß vollziehlich vorgenommene Unterscheidung etwas verwischt werden soll. Man wird sich so der alten Geschichte besser entsinnen können. In Frankreich haben gewisse Kreise Besorgnisse, daß man nicht an den alten Errungenschaften festhalte. Und das „Echo de Paris“ hält sich für verpflichtet, Delcroix folgende drei Zeitpunkte auf den Weg nach Brüssel und Spaa mitzugeben: 1. den französischen Anteil an den deutschen Entschädigungen nicht unter 50 Milliarden sinken zu lassen; 2. nicht an der Gebietsfrage, die vor einem Jahre geregelt wurden, rütteln zu lassen, und 3. um jeden Preis den Grundlag aufrechtzuerhalten, daß bei Nichtzahlung seiner Verpflichtungen gegen Deutschland Gewaltmittel, die Beschlagnahme der Balle und Ausdehnung der Besetzung, angewendet werden können. Schon diese Aufzählung zeigt, welcher Weg zurückgelegt worden ist und worum es sich sowohl in Brüssel, als in Spaa handelt. In beiden Orten sind die Finanzprobleme nicht die einzigen, wenn sie auch in erster Linie genannt werden. Die Engländer haben zum Beispiel ihre militärischen Vertreter aus Berlin und Osthpreußen kommen lassen, woraus geschlossen wird, daß über das Schicksal gewisser Gebiete in Osthpreußen, Ober-Schlesien und auch wieder von Danzig geredet werden wird. Ueber die Finanzfragen weiß man nicht viel Neues. Die Alliierten haben in Brüssel 48 Stunden Zeit, um sich über ein kompliziertes Verteilungssystem zu einigen. Die Engländer möchten nicht, daß man sich in Brüssel auf bestimmte Zahlen festlegt, sondern lediglich auf Verhandlungen. Die Einzelheiten sind weniger wichtig, als die Tatsache, daß

man endlich mit den Besiegten verhandeln will, wenn auch mit Beschränkungen, und die Tatsache erlaubt den in Hinsicht auf die Zukunft etwas tröstlicheren Schluss, daß sich die Einsicht von der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Solidarität aller europäischen Staaten, der Sieger wie der Besiegten, allmählich democh Bahn bricht. Der erste Wurf in Spaa wird vielleicht noch nicht ganz gelingen. Die Hauptsache ist, daß er nicht ganz mißlingt, so daß auf diesem einzig richtigen Wege weitergegangen werden kann.

Der „Temps“ von gestern abend schreibt anlässlich der Konferenz von Spaa: „Wir hoffen, daß feinerzeit die Ablenkung die Konferenz von Spaa in ihren Aufgaben beeinträchtigen wird. Inzwischen darf man nicht verhehlen, daß sich die Lage in Oden Europas verschärft. Die Bolschewisten, die so viele bemühte und unbemühte Helfershelfer gefunden haben, drängen die polnischen Heere zurück und nähern sich der deutschen Grenze. Diese Ereignisse fanken vielleicht die Köpfe in Deutschland verwirren. Die Anhänger des alten Regimes könnten darin die Gelegenheit erblicken, den preussischen Militarismus wieder aufleben zu lassen, angeblich um daraus einen Wall gegen den Bolschewismus zu schaffen und die Anhänger der Neuberken Linien könnten darin die gewünschte Gelegenheit sehen, die Revolution nach russischem Vorbild zu machen. Reichskanzler Behrenbach hat gewiß genügend gesunden Verstand, um einzusehen, daß diese Operationen, sowohl diejenigen der Reaktionären, wie auch diejenigen der Revolutär wäre für sein Land verhängnisvoll sein würden. Er wird sich gewiß keine Rechnung geben, daß die deutsche Regierung in keiner Weise auf die Moskauer Gefahr spekulieren kann.“

Abreise der Ententevertreter nach Brüssel und Spaa. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Der „Daily Telegraph“ meldet, daß Lord George außer von Lord Curzon von Sir L. Worthington Owens nach Brüssel und Spaa begleitet wird. Letzterer geht in Vertretung des Schatzsekretärs Aulien Chamberlain vorhin, der den wichtigsten Verhandlungen in englischen Steuerfragen im Innerhause beizuwohnen muß. Die französische Delegation unter Führung des Ministerpräsidenten Millerand ist heute nachmittag im Sonderzug nach Brüssel abgereist. Im gleichen Zuge reiste auch der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten Graf Sforza. Wie der Sonderberichterstattung des „Temps“ aus Brüssel meldet, setzt sich die britische Delegation für Brüssel und Spaa aus 120 Personen zusammen. Die französische umfaßt 65 Personen, die japanische 15, die italienische und die belgische je zehn. Auch der britische Oberkonsul für Danzig Sir Reginald Tower wird in Spaa anwesend sein.

Der deutsche Schiffsraumbedarf. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Der „Daily Telegraph“ teilt mit, daß die deutsche Regierung anfangt der nach dem Friedensvertrag Deutschland zustehenden 300 000 Tonnen Schiffsraum 600 000 Tonnen als Minimum zu verlangen, davon 80 000 Tonnen zu Verschiffungen von Kohlen und anderen Gütern nach Osthpreußen und 300 000 Tonnen zur Einfuhr von schwedischen Erzen. In dieser Berechnung wird der Tonnenbedarf für Lebensmittel und Rohmaterialien von Lebersee nicht berücksichtigt, worauf die deutsche Regierung nachdrücklich hinweist.

Die Engländer haben zum Beispiel ihre militärischen Vertreter aus Berlin und Osthpreußen kommen lassen, woraus geschlossen wird, daß über das Schicksal gewisser Gebiete in Osthpreußen, Ober-Schlesien und auch wieder von Danzig geredet werden wird. Ueber die Finanzfragen weiß man nicht viel Neues. Die Alliierten haben in Brüssel 48 Stunden Zeit, um sich über ein kompliziertes Verteilungssystem zu einigen. Die Engländer möchten nicht, daß man sich in Brüssel auf bestimmte Zahlen festlegt, sondern lediglich auf Verhandlungen. Die Einzelheiten sind weniger wichtig, als die Tatsache, daß

Reichsfinanzminister Wirth über die Notwendigkeit des Steuerabzuges. Die Gefahr der Steuerlabotage.

Im Steuerauschuß des Reichstages gab bei der Beratung der Anträge über den zehnprozentigen Steuerabzug der Reichsfinanzminister Dr. Wirth eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt: Das Reichsfinanzministerium hat durch den Erlaß der bisherigen Bestimmungen lediglich die Vorschriften der Paragraphen 45 und folgende des Einkommensteuergesetzes ausgeführt, die das Prinzip der Steuerhebung an der Quelle enthalten. Obwohl alle Mängel, die mit der Steuerhebung an der Quelle verbunden sind, vom Steuerauschuß der Nationalversammlung anerkannt und gewürdigt worden waren, hat man sich angesichts der furchtbaren Finanzlage des Reiches doch zu ihrer Einführung entschlossen. Von diesem wohlgegründeten Beschluß wurden sie auch jetzt wohl nicht zurückgehen können, denn erstens würde ein Steuerabzug einleiten, der so erheblich ist, daß das Reich ihn einfach nicht tragen kann, und zweitens würde, wenn wir die Durchführung der Steuergesetze in diesem wichtigen Punkte durchbrechen, jetzt und in Zukunft mit gefährlichen Steuerlabotagen gerechnet werden müssen. Die erfolgreiche Sabotage der Steuer würde aber, das wäre es, bedeuten. Wird jetzt der Steuerabzug nicht durchgeführt, so wäre für die nächste Zukunft der Hauptabtragende nicht das Reich, sondern die Länder und die Gemeinden. Das wäre darauf hin, daß die Bestimmungen über den Abzug vom Naturallohn einzuweisen ausgeführt sind, und daß dafür gefordert ist, daß, wenn die endgültig zu zahlende Einkommensteuer geringer sein wird, eine sofortige Erstattung des zuviel erhobenen Betrages erfolgt. Die Zahl dieser Fälle wird aber, glaube ich, übermäßig. Eine Aufhebung des Steuerabzuges bedeutet für den Fiskus einen Verzicht auf eine vollständige Erfüllung des Arbeitsvertrages überhaupt. Die jetzige Bewegung im Lande gegen den Steuerabzug beruht zum größten Teil auf Mißverständnissen der gesetzlichen Vorschriften, Unterdrückung der staatlichen Notwendigkeiten und auf einer völligen Verkennung der

ungeheuren Tragweite, die eine Steuerlabotage gerade im gegenwärtigen Augenblick für den Bestand von Reich, Ländern und Gemeinden haben müßte. Der Minister schloß mit einem dringenden Appell an alle führenden Persönlichkeiten, aufstehend und beruhigend einzuwirken, denn es handle sich um Sein und Nichtsein des Reiches, um den Bestand von Ländern und Gemeinden. Die Debatte wird morgen fortgesetzt. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Die Parteien zur Kanzlerrede.

Die heutige Reichstagsitzung beschäftigte sich zunächst mit einigen kleinen Anfragen, deren Beantwortung sich etwa eine halbe Stunde hinzog. Als erster Redner sollte dann der Ernährungsminister Dr. Hermes das Wort ergreifen, um sich über den gegenwärtigen Stand der Ernährungslage Deutschlands in längerer Rede zu äußern. Nach ihm ist Dr. Helfferich als zweiter Redner der Deutschnationalen, sodann Leder-Hessen von der Deutschen Volkspartei und Alara Zettin für die Kommunisten vorgesehen. Es ist möglich, daß auch der Demokrat Dr. Petersen das Wort ergreift. Das Zentrum hat auf einen zweiten Redner von vornherein verzichtet. Man rechnet damit, daß die Debatte über die Regierungserklärung heute zu Ende geführt wird. Morgen soll der Vortrat in zweiter und dritter Lesung verabschiedet werden. Ferner hofft man morgen die Erlangung des Gesetzes über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit vor sich gehen lassen zu können. Die Interpellation über den Araburger Prozeß soll damit nicht verbunden werden. Die Verhandlungen über die Vertrauensresolution, die zwischen den Regierungsparteien einerseits und der Sozialdemokratie in den letzten Tagen gepflogen wurden, haben zu einem betrübenden Ergebnis geführt. Während die Deutschnationalen die Resolution als zu weitgehend ablehnen werden, wollen die Sozialdemokraten sie annehmen. In der Resolution wird gesagt, die Parteien hätten die Erklärung des neuen Kabinetts entgegengenommen und erwarten, daß die Regierung nunmehr den Richtlinien dieses Programms gemäß ihre Geschäfte führen würde.

Der Aufbau der Volkstirche.

Untaugliche Grundlagen.
Von
Dr. Paul Michaels.

In der preussischen Landeskirche war seit Jahrzehnten kaum noch eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß der bisherige verfassungsrechtliche Zustand unmöglich länger aufrecht erhalten werden könne. Zum mindesten begeben sich in dieser Auffassung die Vertreter der Rechten und der Linken: höchstens glaubten die Anhänger der mittleren Linie, die ja tatsächlich am günstigsten abzumitteln, mit den bestehenden Zuständen patieren zu können. Aber unter sich gab es gleichfalls zu, daß die hergebrachte Institution des „Summus episcopus“ für die preussische Landeskirche einen unerträglichen Zustand bedeute. Was im sechzehnten Jahrhundert allenfalls erträglich war, daß der Landesherzog nach dem Rezept: „Cujus regio, ejus religio“ den Katechismus der Einwohner bestimmen durfte, das war doch durch die geschichtliche Entwicklung längst überholt. Nur das historische Trägheitsgesetz ermöglichte die Fortsetzung dieser Verewaltung der Gewissen.

Durch die Revolution ist dieser längst überfällig gewordenen Tradition ein gewaltsames Ende gesetzt worden. Die preussische Landeskirche, allzu lange am landesherrlichen Gängelband geführt, muß nun wohl oder übel den Versuch machen, sich auf die eigenen Füße zu stellen. Allzu schwer sind ihr die ersten Geübversuche wirklich nicht gemacht worden. Drei preussische Minister sprangen in die Bresche, die der ehemalige Landesherzog gelassen hatte, und ließen sich mit der Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregiments beauftragen. Auch reichte die staatliche Gewalt ihren starken Arm bei der Einziehung der kirchlichen Steuern. Vielleicht wurde von einigen extremen Richtungen die gewonnene Freiheit dazu benutzt, die Unstetigkeit der Bewegung aus der Landeskirche mit härterem Eifer zu betreiben. Aber die Gefolgshaft war nicht groß. Die überwiegende Zahl der evangelischen Staatsbürger zahlte die kirchlichen Steuern weiter und ließ das Kirchenregiment gewahren. So konnte es nicht wundernehmen, daß sich bei den Vertretern der Kirchenleitung allmählich die Ueberzeugung festsetzte, daß sich eigentlich herzlich wenig an den früheren Zuständen geändert habe und daß deshalb einige geringfügige Anpassungen an die republikanischen Zustände genügen würden, um nach der hergebrachten Methode weiter zu regieren.

Nur aus dieser Erwägung heraus ist es verständlich, daß die preussische Generalsynode den Versuch machen konnte, einen Entwurf der künftigen Kirchenverfassung in Preußen zu schaffen, der von der hergebrachten Machtverteilung nur mit dem Vergrößerungsmaß unterschieden werden kann. Wir haben bereits auf den Inhalt der drei von der Generalsynode verabschiedeten Kirchengesetze, die jetzt der preussischen Landesversammlung zur Festsetzung unterbreitet worden sind, hingewiesen. Es handelt sich dabei um ein Gesetz über die kirchlichen Wahlen, um die konstituierende Versammlung zur Feststellung der künftigen Verfassung für die preussische Landeskirche und um die Ausübung des Kirchenregiments. Das dritte Gesetz, das von der Einsetzung eines evangelischen Landeskirchenauschusses als Träger des landesherrlichen Kirchenregiments handelt, kann zunächst auf sich beruhen bleiben. Um so notwendiger ist es, die zwei anderen Entwürfe genauer zu prüfen. Und da das Gemeindevahlgewes der außerordentlichen Kirchenversammlung vorzuziehen soll, so wird man mit ihm zu beginnen haben.

Soll die evangelische Kirche in Preußen neu aufgebaut werden, so verliert es sich eigentlich von selbst, daß zunächst einmal eine demokratische Grundlage geschaffen wird. Außerlich macht auch der Entwurf der Generalsynode dem Zeitgeist keine Wehrens. Es ist im ersten Paragraphen von „allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen“ die Rede. Man wird es auch verstehen können, daß im Gegensatz zu den bürgerlichen Wahlen nur den Gemeindegliedern über 24 Jahre das aktive und denen über 30 Jahre das passive Wahlrecht zugebilligt wird, obgleich man doch fragen muß, weshalb gerade auf kirchlichem Gebiet das Alter der Mündigkeit weiter als im bürgerlichen Leben hinauszugeschieben werden soll. Unerträglich aber erscheint es uns, daß nun nicht etwa jedes Mitglied der Kirchengemeinde, das den Altersbedingungen entspricht und zu den kirchlichen Gemeindefolgen beiträgt, wahlberechtigt sein soll, sondern daß von dem Wahlrecht ausgeschlossen wird, „wer durch Verachtung des göttlichen Wortes oder unehrbareren Lebenswandel ein öffentliches, noch nicht durch nachträgliche Besserung gefühntes Mergernis gegeben hat“. Man fragt sich umsonst, wer denn eigentlich darüber bestimmen soll, ob diese Voraussetzung zur Übernehmung des Wahlrechts zutrifft. Soll es der Geistliche, sollen es die Ältesten der Gemeinde sein? In der katholischen Kirche mag es objektive Merkmale geben, aus denen sich die Würdigkeit oder Unwürdigkeit eines Gemeindegliedes ergibt. Im Protestantismus, der solche Merkmale nicht kennt, der vielmehr alles auf die subjektive Reifehaftigkeit stellt, muß eine derartige Klausel als unzulässig und unerkennbar empfunden werden. Nicht anders ist es zu beurteilen, wenn dem einzelnen Wähler, der sich für die Wahlklausel anmeldet, zugemutet wird, gleichzeitig zu erklären, daß er gemüßigt sei, sein Wahlrecht „im Sinn und Geist der evangelischen Kirche zu ihrem Wohl“ auszuüben. Und nicht minder ist es eine völlig unzulässige Beschränkung des Wahlrechts, wenn den Wählern vorgeschrieben wird, die Wahl auf Personen zu richten, „die durch Betätigung ihrer Gemeindegliederschaft, insbesondere durch Teilnahme an der kirchlichen Gemeindegliederschaft das Vertrauen der Wähler in ihre kirchliche Einsicht und Erfahrung gewonnen haben“. Die Verfasser des Wahlgeweses sollten doch ungeschert abwarten, welche Personen das Vertrauen der Wähler gewonnen haben. Sonst könnten sie sich das ganze Wahlgeschäft sparen.

Sozialdemokratische Taktik.

Das vertrauliche Rundschreiben des Parteivorstandes der S. P. D.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung hat der unabhängige Abgeordnete Henze ein vertrauliches Rundschreiben des sozialdemokratischen Parteivorstandes an die Parteipresse vom 2. Juni vorgelesen, das die sozialdemokratische Taktik angeht...

Obert wird zuerst Hermann Müller den Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts geben, Hermann Müller wird dann sich bereit erklären, mit ihnen im Rahmen der Reichsverfassung ein Regierungsprogramm aufzustellen...

Obert hat die Möglichkeit einer Regierung aus S. P. D., U. S. P. D., D. P. aus, so wird Obert die Führer der Deutschen Volkspartei zu sich berufen...

Über im Laufe der Verhandlungen der Parteien wird sich unserer Vermutung nach ergeben, daß das Zentrum, von einigen Gruppen abgesehen, zum Eintritt in die deutsche Sozialdemokratische Partei zu einer noch vollenden Neutralität dieser Regierung gegenüber zu gewinnen sein wird...

Von diesem Punkt aus, der sich bekanntlich nicht als richtig erwiesen hat, da das Zentrum lieber von den deutschnationalen abließ und Aufschluß an die Demokraten suchte, wird dann das Verhalten der Mehrheitssozialdemokratie dieser Regierung der Rechtsparteien gegenüber in folgender Weise skizziert:

Uns kann eine derartige Regierung im Augenblick nur erwidert sein, denn die Verhandlungen in Spa werden der deutschen Republik und dem deutschen Volke schwere Schäden auferlegen...

Wer ihn aber kennt, weiß, daß die zu seinen Gunsten von einer abgelegten Teilnehmerin ihm eine höchst unwillkommene Gabe ist. Der ehedemige Kubaner brannte vor Begierde, sich aus eigener Kraft auf den Thron der Schwärze zu setzen...

H. F. Im Schiller-Theater (Sommerdirektion Maximilian) wurde gestern Abend ein neues Lustspiel von Gustav Adolphberg und Heinz Gordon gespielt. Der ehe- und adeliche Leutnant. Unter diesem Titel verbirgt sich immerhin ein deutsches Trauerspiel...

Der Herr Herr verläßt Berlin. Mit dem 1. Juli gehen gemäß dem Friedensvertrag die Ämter des Herrn Herr von Berlin an Ost und des Herrn Herrs des Herrs Herrs übergeben werden...

die Offiziere als einen feindseligen Akt betrachten, aber sie würden ihn aus unserer bekannten antinationalistischen Tradition begreifen. Die gleiche Aktion von den Reichsparteien ausgeführt, würde von den Offizieren als ein Akt unehrenhafter Treuloseheit...

Zum Schluß wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Mehrheitssozialdemokratie bei den kommenden Wahlen, die vielleicht nicht in diesem Herbst stattfinden können, das verloren Terrain wieder gewinnen werde...

Herr Professor Rippold Präsident des internationalen Gerichtshofs.

Wie der Schweizerischen Botschaftsagentur mitgeteilt wird, ist Professor Rippold zum Präsidenten des internationalen Gerichtshofs, der vom Völkerbund im Saargebiet eingesetzt wird, ernannt worden...

Das Zwangspensionierungsgesetz.

Der von uns bereits erwähnte preussische Entwurf zur Zwangspensionierung von Beamten, die die Altersschwelle (65 Jahre) überschritten haben, wird, wie wir erfahren, in kürzester Zeit der Landesversammlung zu gehen...

Fortführung des Untersuchungsausschusses. Die Prüfung der Schulfrage im Ausland.

Der Untersuchungsausschuss mit seinen fünf Unterausschüssen ist bekanntlich durch die Auflösung der Nationalversammlung ebenfalls aufgelöst. Wie die Zentrums-Parlamentarierkorrespondenz mitteilt, werden innerhalb der Fraktionen des Reichstages Verhandlungen darüber gepflogen, ob der Untersuchungsausschuss wieder eingesetzt werden soll...

Wir halten ebenso wie die zitierte Zentrumskorrespondenz die Fortführung der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses wünschenswert. Sollte diese Tätigkeit, die schon wesentliche Ergebnisse gebracht hat, jetzt plötzlich abgebrochen werden, so würde damit eine heftige innerpolitische Klärung unterbrochen...

Aufhebung des Ausnahmezustandes über Würzburg.

Würzburg, 2. Juli. (Z. M.) Gestern wurde der Belagerungszustand wieder aufgehoben. Acht Räubersführer bei den Huthaus, welche hauptsächlich das Mündert von Vaden verurlochten, wurden verhaftet und werden wegen Landfriedensbruchs verurteilt werden.

Die Beschaffung von Druckpapier.

Zwangsbestimmungen zur Papierholzbeschaffung. Durch eine Bekanntmachung über Druckpapierherstellung für die Tagespresse vom 29. Juni 1920 wird, wie von B. H. mitgeteilt wird, der Druckpapierbeschaffung S. M. B. G. die Möglichkeit gegeben, mit Zustimmung des Reichswirtschaftsminister beauftragten Kommissars den zur Herstellung von Druckpapier für die Tagespresse benötigten Holzstoff zu stellen...

Die polnischen Wiltfüralle im Abstimmungsgebiet.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

aus sicherer Quelle verlautet, daß Dr. Wagner von den Polen erschossen worden sei. Dr. Wagner, ein hervorragend tätiges Mitglied des ostpreussischen Heimatsbüros in Danzig, war vor etwa drei Monaten auf einer Reise im abgetrennten Gebiet Westpreußens von den Polen verhaftet und nach Warschau verschleppt worden...

Zur Beschädigung deutscher Flugzeuge durch die Polen.

Die Deutsche Luftkreuzerei teilt uns mit: Seit dem 21. Juni befindet im Auftrag des Deutschen Schutzbundes für Grenz- und Auslanddeutsche die Deutsche Luftkreuzerei unter Hinzuziehung der Verkehrsunternehmen Sablatnik und Joffer, mit einem 40 Maschinen umfassenden Flugpark, von Stolp als Abstimmungs-berechtigter nach Elbing. Bis zum 29. Juni betrafen diese Beförderungen glatt und ohne jeden Zwischenfall. Am 29. Juni jedoch begannen die Polen mit Maschinenangriffen und Anschüssen, und zwar teilweise mit Brandmunition...

Der Mord an Inspektor Blau.

Zusammenstoße zwischen dem Staatsanwalt und der Verteidigung.

In der heutigen Sitzung im Prozeß Blau wird die Vernehmung des Zeugen Loißl fortgesetzt. Rechtsanwalt Dr. Weinberg geht noch auf mehrere Einzelheiten der gestrigen Vernehmung ein und fragt dann weiter: Hat der Zeuge die Eidesformel für die Vernehmung von Kommunisten, die tatsächlich festgenommen hat, auf seiner Schreibmaschine hergestellt? - Zeuge: Ja, habe sie nicht geschrieben, nur ist die Eidesformel aufgesetzt worden von der Leitung. - Vert.: Haben Sie nie Kommunisten aufgeführt, den kommunistischen Schmutz abzuleiten? - Zeuge: Ich habe den Schmutz abgeleitet. - Vert.: Nachdem der „Rote Sozialist“ aufgeföhrt hat, haben Sie da nicht Versuche gemacht, ihn wieder zu befragen? - Zeuge: Nein, ich habe nur mitgewirkt. - Vert.: Haben Sie jemand aufgeführt, die Schipelin Schweder-Mahne zu ermorden? - Staatsanw. Dr. Ortmann: Ja, bitte, den Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß er berechtigt ist, die Antwort auf diese Frage zu verweigern. - Vert. Dr. Weinberg (erregt): Wir bemühen uns hier, ein schwerwichtiges Verbrechen aufzuklären und es ist doch unglücklich, daß der Staatsanwalt verurteilt... Vorf. (unterbrechend): Ich muß doch den Herrn Staatsanwalt gegen einen derartigen Angriff in Schutz nehmen. - Staatsanw. Dr. Ortmann: Ich weiß die Bemerkung des Verteidigers mit Entschiedenheit zurück. Es wird doch der Zeuge durch solche Fragen von der Partei terrorisiert. - Rechtsanw. Loißl (in höchster Erregung): Das ist doch unerhört. Es geht mir jeder parlamentarische Anstand, um dies zu charakterisieren. - Staatsanw.: Es handelt sich doch um Fragen, die tatsächlich nicht zur Sache gehören. - Vert.: Haben Sie also niemals dazu aufgeführt, jemand zu ermorden? - Zeuge: Mit gutem Gewissen kann ich diese Frage verneinen. - Vert.: Haben Sie bei den Kommunisten eine militärische Abteilung gebildet? - Der Zeuge lehnt zunächst die Antwort auf diese Frage ab, erklärt dann aber: die militärpolitische Abteilung ist nicht von mir ins Leben gerufen, es war eine Einleitung der Kampf-abteilung. - Vert.: Haben Sie nicht dazu aufgeführt, Trudereiner zu überfallen und die Seker zu zwingen, kommunistische Flugblätter herzustellen? - Zeuge: Nein, mir wird hier alles in die Schuhe geschoben, was von der Leitung gemacht ist. - Vert.: Haben Sie Befehle von Wehlar, von Ledebor empfangen und weiter gegeben? Sind Sie nicht mit einer Mappe untergekommen, in der angeblich Todesurteile gewesen sind; sollten dadurch nicht die Kommunisten lediglich angezweifelt werden? - Zeuge: Nein. - Vert.: Haben Sie je den Befehl erhalten, Raubverbrechen zu unternehmen oder den Richter zu töten? - Zeuge: Nein.

Der Prozeß gegen die „Gräfin Colonna“.

Zum zweiten Male beschäftigt sich heute die Strafkammer des Landgerichts III, wie angekündigt, mit dem Leben und Treiben der sogenannten Gräfin Elsa Colonna. Vorher der Gräfin Colonna liegen auf der Anklagebank die Modistin Erna Gategast, der Metallarbeiter Willi Dahl, der Landwirt Joachim v. Böttcher, Sohn eines Regierungspräsidenten, der Mechaniker Gustav Todt und der Glasermeister Wilhelm Döring...

Zu der heutigen Verhandlung wurde zunächst festgestellt, daß die Adoption der früheren Frau Stur-Müller durch den Grafen Colonna als ungültig anzusehen sei, da ein gerichtlicher Akt nicht vorgenommen worden ist. Bei der Anklagebank Gategast, handelt es sich um eine Hochstaplerin, die schon eine langjährige Bestandsstrafe hinter sich hat. Der Angeklagte v. Böttcher war im Jahre 1918, als Offizier und ist durch den Bruder der Colonna, den Architekten Erich Stüb, mit den übrigen Beteiligten bekannt geworden...

Das deutsche Zeppelin-Luftschiff „L 21“ ist zur Auslieferung an England gestern nachmittags ein Telegramm aus London zufolge mit einer gemischten deutsch-englischen Besatzung auf dem Flugplatz von Fulham glatt gelandet. Morgen voranfliegender Wetter in Berlin und Umgebung. Warm und teilweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, bei mäßigen, anfangs fühlbaren, bald wärmeren Winden. Gewas Regen und Gewitterneigung; nachher kühl.

